

N i e d e r s c h r i f t
über die 55. - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur
am 5. Februar 2026
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/9621](#)
b) **Antisemitismus an Hochschulen wirksam bekämpfen und Präventionsarbeit stärken**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/4583](#)
Beginn der Beratung zu a, Fortsetzung der Beratung zu b, Verfahrensfragen 4
2. **Hightech Agenda Deutschland - Niedersachsen muss zum Treiber im neuen Hightech-Jahrzehnt werden!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/9611](#)
Beginn der Beratung, Verfahrensfragen..... 5
3. **Subsidiäre und korporative Kulturpolitik stärken - Bürgerkultur statt Soziokultur**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/8216](#)
Verfahrensfragen..... 6
4. **Kulturelle Bildung und Teilhabe fördern - jungen Menschen kostenfreien Zugang zu den staatlichen Museen gewähren!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8967](#)
Fortsetzung der Beratung 7

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Jessica Schülke (AfD), Vorsitzende
2. Abg. Antonia Hillberg (SPD)
3. Abg. Dr. Silke Lesemann (SPD)
4. Abg. Sebastian Penno (SPD)
5. Abg. Ulf Prange (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
6. Abg. Jan Henner Putzier (SPD)
7. Abg. Annette Schütze (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
8. Abg. Jörg Hillmer (CDU)
9. Abg. Cindy Lutz (CDU)
10. Abg. Martina Machulla (CDU)
11. Abg. Lukas Reinken (CDU)
12. Abg. Uwe Schünemann (i. V. des Abg. Oliver Schatta) (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
13. Abg. Pippa Schneider (GRÜNE)
14. Abg. Eva Viehoff (GRÜNE) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Zeitweise übernimmt Abg. Martina Machulla (CDU) die Leitung der Sitzung.

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrätin Brüggeshemke (Mitglied).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Messling.

Niederschrift:

Ministerialrätin Dr. Kresse, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:18 Uhr bis 10:40 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Ausschuss** billigt die Niederschriften über die 53. und 54. Sitzung.

* * *

Tagesordnungspunkt 1:

a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/9621](#)

b) **Antisemitismus an Hochschulen wirksam bekämpfen und Präventionsarbeit stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/4583](#)

Zu a) erste Beratung: 83. Plenarsitzung am 27.01.2026

federführend: AfWuK

mitberatend: AfRuV

Zu b) direkt überwiesen am 12.06.2024

federführend: AfWuK

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 2 GO LT: AfHuF

zuletzt beraten: 28. Sitzung am 05.08.2024 (Anhörung)

Beginn der Beratung zu a, Fortsetzung der Beratung zu b, Verfahrensfragen

Auf einen entsprechenden Vorschlag von Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD) bittet der **Ausschuss** die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Gesetzentwurf unter a in seiner nächsten, für den 19. Februar 2026 vorgesehenen Sitzung und beschließt ferner, in seiner für den 12. März 2026 vorgesehenen Sitzung eine mündliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf unter a nach dem Schlüssel 3 : 3 : 1 : 1 durchzuführen.

Tagesordnungspunkt 2:

Hightech Agenda Deutschland - Niedersachsen muss zum Treiber im neuen Hightech-Jahrzehnt werden!

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/9611](#)

erste Beratung: 84. Plenarsitzung am 28.01.2026

federführend: AfWuK

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

Beginn der Beratung, Verfahrensfragen

Auf einen entsprechenden Vorschlag von Abg. **Cindy Lutz** (CDU) bittet der **Ausschuss** die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Antrag in seiner für den 9. April 2026 vorgesehenen Sitzung.

Tagesordnungspunkt 3:

Subsidiäre und korporative Kulturpolitik stärken - Bürgerkultur statt Soziokultur

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/8216](#)

erste Beratung: 72. Plenarsitzung am 12.09.2025

federführend: AfWuK

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

zuletzt beraten: 49. Sitzung am 02.10.2025 (Bitte um schriftliche Unterrichtung)

Verfahrensfragen

Abg. **Jessica Schülke** (AfD) bittet darum, die abschließende Beratung des Antrags auf die nächste, für den 19. Februar 2026 vorgesehene Sitzung zu vertagen, da es innerhalb der AfD-Fraktion noch Beratungsbedarf gebe. - Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Tagesordnungspunkt 4:

Kulturelle Bildung und Teilhabe fördern - jungen Menschen kostenfreien Zugang zu den staatlichen Museen gewähren!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8967](#)

direkt überwiesen am 12.11.2025

federführend: AfWuK

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 2 GO LT: AfHuF

zuletzt beraten: 54. Sitzung am 15.01.2026 (Unterrichtung)

Fortsetzung der Beratung

Abg. **Martina Machulla** (CDU) führt aus, aus Sicht der CDU-Fraktion könne in der heutigen Sitzung über eine Beschlussempfehlung abgestimmt werden. Sie, Frau Machulla, würde sich freuen, wenn auch die die Regierung tragenden Fraktionen dem vorliegenden Antrag zustimmen würden, denn die Umsetzung des kostenfreien Zugangs zu den staatlichen Museen wäre ein starkes gemeinsames Zeichen in Richtung der jungen Menschen.

Kostenfreiheit senke die Zugangsbarrieren und könne durchaus dazu führen, dass mehr junge Menschen die Museen besuchten. Gleichzeitig müssten im Falle einer vollständigen Eintrittsbefreiung für Minderjährige nur jährliche Einnahmeausfälle der niedersächsischen Landesmuseen in Höhe von rund 225 000 Euro über den Landeshaushalt kompensiert werden. Dies sei ein vergleichsweise geringer Betrag.

Abg. **Ulf Prange** (SPD) bittet darum, die Abstimmung über eine Beschlussempfehlung noch einmal zu vertagen, da die Koalitionsfraktionen zunächst noch die Unterrichtung durch die Landesregierung auswerten wollten. Möglicherweise gelinge es auch, sich auf eine gemeinsam getragene Beschlussempfehlung zu verständigen, so Abg. Prange. Denn in der Sache sei das Anliegen, jungen Menschen kostenfreien Zugang zu den staatlichen Museen zu gewähren, durchaus sinnvoll, und viele, insbesondere kommunale, Museen praktizierten dies auch schon. Allerdings gehe es hierbei auch um finanzielle Mittel, auch wenn der in Rede stehende Betrag eher überschaubar sei. Diesbezüglich bestehe noch Beratungsbedarf.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE) schließt sich den Ausführungen von Abg. Prange an.

Abg. **Martina Machulla** (CDU) erklärt, wenn die Chance bestehe, sich auf eine gemeinsam getragene Beschlussempfehlung zu verständigen, sei sie mit einer Vertagung selbstverständlich einverstanden.

*

Der federführende **Ausschuss** nimmt sodann in Aussicht, die abschließende Beratung in seiner für den 19. Februar 2026 vorgesehenen Sitzung durchzuführen.
